

# BESCHLUSS

---

des Europaparteitages der FDP, Bonn, 19. Januar 2014

---

## „No Spy“-Initiative europäisch angehen!

Die FDP bedauert, dass die Verhandlungen zwischen Deutschland und den USA über ein bilaterales Anti-Spionage-Abkommen („No Spy“) zu scheitern drohen. Ein erfolgreicher Abschluss dieser Verhandlungen wäre ein richtiger Schritt, um das durch die NSA-Affäre belastete deutsch-amerikanische Verhältnis zu entspannen. Die Verantwortung dafür liegt auch bei der Bundesregierung, die im Rahmen dieser Verhandlungen eine ganze Reihe von Fehlern zu verantworten hat, die von vorneherein die Glaubwürdigkeit ihrer Initiative vermindert haben. Die jüngste Rede von US-Präsident Barack Obama muss zum Anlass genommen werden, die Verhandlungsziele nicht vorschnell als unerreichbar abzutun. Um die Verhandlungen zum Erfolg zu führen, bedarf es eines breiteren Verhandlungsansatzes und einer konsequenteren Verhandlungsführung unter Einbeziehung der europäischen Partner.

Uns Liberalen ist allerdings bewusst, dass allein ein Anti-Spionage-Abkommen mit den Vereinigten Staaten eine unzureichende Antwort auf die Bedrohung durch die internationale Datenspionage ist. Nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Länder wie China und Russland betreiben in großem Umfang Datenspionage. Nur mit einer nationalen und europäischen Strategie für Freiheit und Sicherheit im digitalen Raum können wir diese Herausforderung bewältigen.

Wir Liberalen fordern deshalb:

1. Der Gegenstand der Verhandlungen zu dem Anti-Spionage-Abkommen mit den Vereinigten Staaten muss verbreitert werden. Nicht nur Politiker und Regierungen benötigen sichere Kommunikationswege. Auch die Bürger haben ein Recht auf Privatsphäre. Ihr Schutz vor Überwachung muss ein wichtiger Gegenstand der Verhandlungen sein.
2. Gleichzeitig fordern wir größere Anstrengungen, damit sich Deutschland und Europa technisch besser gegen Spionage-Attacken wehren können. Deutschland muss daher eine entsprechende nationale und europäische Strategie zur Cyber Security auf den Weg bringen, um Spionage aus anderen Staaten wie Russland oder China entgegenzutreten. Die Debatte darf nicht aus einem plumpen Anti-Amerikanismus heraus auf die Frage der amerikanischen Datenspionage verengt werden. Sie muss auch das Selbstverständnis Großbritanniens im Rahmen seiner Mitwirkung bei den „five eyes“ beinhalten.
3. Das Scheitern der bilateralen Verhandlungen zeigt: Deutschland kann alleine – selbst bei Freunden – wenig ausrichten, wenn es um globale Interessenkonflikte geht.

Deutschland braucht die Hilfe seiner europäischen Partner. Daher ist es falsch gewesen, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Hilfe Großbritanniens den Fortgang der Beratungen über eine europäische Datenschutzverordnung gestoppt hat. Denn hier hätten gemeinsame Maßstäbe für gemeinsame Verhandlungen mit den USA formuliert werden können.

4. Keine Bundesregierung, die ihre Bürger mit Hilfe der Vorratsdatenspeicherung anlasslos überwachen möchte, besitzt die Glaubwürdigkeit, um in Fragen der Datensicherheit, Privatsphäre und Spionageabwehr überzeugend verhandeln zu können. Die Bundesregierung muss daher eine Initiative starten, um die Abschaffung der europäischen Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung auf den Weg zu bringen und auf die Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland verzichten.
5. Im Mittelpunkt der Arbeit der europäischen Sicherheitsdienste darf nicht länger die Beobachtung und Ausforschung der eigenen Bürgerinnen und Bürger stehen. Die Hauptaufgabe muss der Schutz der Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen von anderen Staaten oder Konzernen sein.
6. Die Übermittlung personenbezogener Daten von EU-Bürgern an andere Staaten ist besonders restriktiv zu handhaben, solange nicht sichergestellt ist, dass diese Informationen nicht zur Datenspionage gegen die Europäische Union und ihre Bürger eingesetzt werden. Die Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass das SWIFT-Abkommen mit den USA ausgesetzt, das Fluggastdatenabkommen und das Safe-Harbor-Abkommen mit den USA auf den Prüfstand gestellt werden.
7. Gemeinsame Anstrengungen gegen Spionage sind auch im Rahmen der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA zu thematisieren. Denn Wirtschaftsspionage, von wem auch immer sie betrieben wird, ist das Gegenteil von freiem Handel, sondern geistiger Diebstahl.
8. Wir brauchen ein „No Spy“-Abkommen zwischen den EU-Ländern. Spionage untereinander widerspricht der EU-Grundrechtscharta, den Regeln des Binnenmarktes und vor allem einem vertrauensvollen Umgang miteinander. Wirtschaftsspionage widerspricht einem freien Wettbewerb!